

## Partei der Arbeit (PdA)

---

(sämtliche Quellennachweise finden sich in der gedruckten Fassung des SPJ)

1987	1
1988	1
1989	2
1990	2
1991	3
1992	4
1993	5
1994	6
1995	6
1996	6
1997	7
1998	7
1999	8
2000	8
2001	9
2002	9
2003	10
2004	10
2005	10

### 1987

Der XIII. Kongress der **Partei der Arbeit** (PdA) führte zu einer Verjüngung der Parteispitze. Der abtretende Generalsekretär und Nationalrat A. Magnin (GE) verabschiedete sich nicht ohne selbstkritische Rückschau, indem er die zunehmende Bedeutungslosigkeit seiner Partei als Folge ihrer mangelhaften Präsenz in Fragen des Umweltschutzes oder der Lebensqualität darstellte. In der Folge forderte nun auch die PdA neben der Arbeitszeitverkürzung und dem Kündigungsschutz ein Moratorium für den Bau neuer Kernkraftwerke. Dem neuen Generalsekretär Spielmann (GE) gelang es, den einzigen der PdA verbliebenen Nationalratssitz zu halten.

### 1988

Die Partei der Arbeit rief die polnische Führung zu mehr Demokratie bei der Lösung der Probleme des Landes auf. Die Unterdrückung von Streiks und die Verhaftung von führenden Gewerkschaftern sei für die PdA unvereinbar mit ihrer Vorstellung von Sozialismus. Gekennzeichnet war das Parteijahr jedoch durch die **Auseinandersetzung um die stärkste Deutschschweizer Sektion in Basel**. Das Zentralkomitee der PdA Schweiz warf dieser vor, sich gegen die beschlossene Öffnung der Politik zu stemmen und insbesondere mit ihrer Haltung zu Jugendfragen, Frauen, Kultur, Rechte der Minderheiten, Nachtarbeit und bezüglich der Bündnispolitik im Gegensatz zur PdA Schweiz zu stehen. Vertreter einer dissidenten Fraktion aus vorwiegend jüngeren Mitgliedern, welche sich offen gegenüber neuen Fragestellungen und Bewegungen zeigten und vom Parteiorgan "Vorwärts" unterstützt wurden, waren zuvor von der

dominierenden Gruppe der Basler Sektion, welche sich weiterhin am Parteiprogramm 71 orientiert, in ihrer Mitgliedschaft suspendiert worden. Das Zentralkomitee der PdA Schweiz beschloss schliesslich den Ausschluss der Basler PdA-Sektion und rief zur Gründung einer neuen Sektion auf, die sich kurz darauf unter dem Namen "Neue PdA Basel/Baselland" formierte. Die "alte" PdA will an ihrer Politik und auch an ihrem Namen festhalten und dafür nötigenfalls bis vor Bundesgericht gehen.

Bei kantonalen **Wahlen** war die PdA einzig in Baselstadt engagiert (zeitlich vor der Parteispaltung), wo sie einen weitem Sitz verlor und nunmehr bloss zwei Mandate aufweist, welche von Angehörigen der später ausgeschlossenen "alten" PdA eingenommen werden. Relative Erfolge konnte sie dagegen nach eigener Einschätzung bei den Gemeindewahlen in den Kantonen Neuenburg und Tessin verzeichnen, wo sie in beiden Hauptorten neu ins Parlament einzog.

## 1989

Die noch rund 3000 Mitglieder zählende PdA konnte sich zwar in ihren Hochburgen in der Westschweiz behaupten, in der Deutschschweiz kämpfte sie aber, nach dem 1988 erfolgten Ausschluss ihrer einzigen wichtigen Sektion in Basel, weiter um ihr Überleben. Mit Kadern, welche einer jüngeren Generation angehören, hofft sie, neue Mitglieder zu werben und neue kantonale Sektionen wie z.B. in Bern und Solothurn zu festigen. Einen **Wahlerfolg** konnte die PdA in **Lausanne** verbuchen, wo sie das Quorum von 5% schaffte und mit sechs Mandaten wieder in das Stadtparlament einziehen konnte. In den Kantonen Genf und Neuenburg konnte sie ihre acht resp. vier Grossratssitze halten.

## 1990

Nach dem Zusammenbruch der kommunistischen Staatssysteme in Osteuropa setzte innerhalb der PdA eine rege Diskussion zu Inhalt, Konzept und damit auch Zukunft der ca. 3000 Mitglieder zählenden Partei ein. Im **Entwurf für ein neues Parteiprogramm** wurden dann im formalen und inhaltlichen Bereich neue Akzente gesetzt: Der Klassenkampf (die Diktatur des Proletariats hatte die PdA schon früher fallen gelassen) wurde durch die "Bewegung für den Sozialismus" abgelöst. Neue Themen wie die Gleichberechtigung der Geschlechter, der Ausgleich des Nord-Süd-Gefälles und der Umweltschutz nehmen im Entwurf eine wichtige Stellung ein. Generelles Ziel dieser Bewegung soll eine umfassende Demokratisierung sämtlicher Lebensbereiche sein. Im Wissen, dass gesellschaftliche Veränderungen nicht durch eine einzige kleine Organisation bewirkt werden können, drückt die PdA den Wunsch nach einer Vernetzung aller reformwilligen Kräfte der verschiedenen sozialen Teilbereiche aus, um derart eine Volksbewegung für den Sozialismus zu bilden.

Die eingeleitete Öffnung der PdA für neue Ideen und Themen wurde mit der Lancierung der **Volksinitiative** "Frauen und Männer" konkretisiert. Diese verlangt eine Quotenregelung von maximal 60% des gleichen Geschlechts für alle politischen Behörden mit fünf oder mehr Mitgliedern. Gleichzeitig hat die Partei eine zweite Initiative, "Gleiche Rechte in der

Sozialversicherung", lanciert. Diese fordert die Durchsetzung des Gleichheitsartikels in den Sozialwerken.

Zu den **eidgenössischen Abstimmungen** fasste die PdA die Ja-Parole zu den Kleeblattinitiativen und zu allen Energievorlagen, zur Ablehnung empfohlen hat sie hingegen den Rebbaubeschluss, die Revisionen der Bundesrechtspflege und des Strassenverkehrsgesetzes. Bei der Volksinitiative "Stopp dem Beton" konnte sich die PdA auf nationaler Ebene nicht auf eine Parole einigen.

## 1991

Der Zusammenbruch der kommunistischen Regimes in Osteuropa sowie die Auflösung der Sowjetunion und der KPdSU konnten entgegen den Erwartungen vieler politischer Beobachter die schweizerische kommunistische Partei, die Partei der Arbeit, nicht in ihren Grundfesten erschüttern. Im Gegenteil, die jüngere Führungsgeneration, welche vor einigen Jahren die Zügel in die Hand zu nehmen begann, äusserte sich sogar positiv zum Zusammenbruch der autoritären Staats- und Parteistrukturen in Osteuropa und der Sowjetunion. Damit falle, laut Nationalrat Jean Spielmann (GE), das schwere Erbe des real existierenden Sozialismus und Kommunismus der Geschichte anheim. Einzelne Sektionen der PdA haben seit dem Beginn des Auflösungsprozesses des Kommunismus einen Zuwachs an Mitgliedern verzeichnen können.

Die Politik der Transparenz in der Sowjetunion hatte schon im Jahre 1990 zur Folge gehabt, dass die **Parteiarchive** der KOMINTERN mit zahllosen Dokumenten, die bis in die dreissiger Jahre zurückgingen, **geöffnet** und damit auch der wissenschaftlichen Auswertung zugänglich gemacht wurden. Jean Spielmann und Theo Pinkus hatten in Moskau Gelegenheit, Kopien von Dokumenten auf Mikrofilm anzufertigen und überliessen das Material, welches Einblicke in die Einmischung der KPdSU in die Angelegenheiten der schweizerischen Kommunistischen Partei während der dreissiger Jahre sowie Aufschluss über das Schicksal diverser schweizerischer Kommunisten im stalinistischen Russland gab, zur wissenschaftlichen Auswertung der Universität Lausanne.

An zwei Parteitag erarbeitete die Partei der Arbeit ein **neues Programm** und revidierte wesentliche Elemente der **Statuten**, womit auch Änderungen der Bezeichnung der Parteiorgane verbunden waren. Einerseits verschwand in den Statuten das Wort "kommunistisch", andererseits spricht das neue Parteiprogramm immer noch von der kommunistischen Gesellschaft als einer Zielvorstellung. Ebenso verschwand das in den Statuten festgehaltene Prinzip des demokratischen Zentralismus sowie die Namen von Lenin und Engels; das Zentralkomitee wurde in Parteivorstand, das Politbüro in leitenden Ausschuss und der Generalsekretär in Präsident umbenannt. Die Forderung nach Verstaatlichung von Grund und Boden wurde im Programm aufrechterhalten, eine generelle Verstaatlichung der Wirtschaft jedoch abgelehnt. Die zentralen Anliegen des Programms sind die Gleichberechtigung von Mann und Frau, Umweltschutz und mehr Solidarität mit der Dritten Welt. Die PdA sprach sich im übrigen für ein soziales Europa aus; in der Frage des EG-Beitritts tat sich allerdings ein Graben zwischen der Welsch- und der Deutschschweiz auf.

In **Basel** kam es – nach dem 1988 vorgenommenen Ausschluss der Stadtbasler Sektion aus der PdA Schweiz – zu einer **Spaltung** in eine "PdA – gegründet 1944", und eine zur PdA Schweiz gehörende "Neue PdA", die im übrigen bei den Nationalratswahlen mit der POB und der SP eine Listenverbindung einging.

Bei den **Nationalratswahlen** erreichte die Partei das Minimalziel, welches sie sich gesteckt hatte: Sie konnte ihr Genfer Mandat halten und in der Waadt einen Sitz erobern. Bei den **Kommunalwahlen** in Genf gelang es der PdA, vier zusätzliche Mandate und über drei Wählerprozentpunkte hinzugewinnen.

Bei den **eidgenössischen Abstimmungen** stellte sich die Partei gegen die Finanzvorlage, an der vor allem die wenig konsumentenfreundliche Mehrwertsteuer und die an das Finanzpaket gekoppelte Stempelsteuerrevision kritisiert wurden.

## 1992

Das in die Schweiz transferierte **Archivmaterial der KOMINTERN**, welches die Beziehungen zwischen der schweizerischen kommunistischen Partei und der kommunistischen Internationalen in der Zeit zwischen 1920 und 1940 dokumentiert, liess die an der Auswertung beteiligten Historikerinnen und Historiker nach einer ersten Einsichtnahme zum Schluss kommen, dass die Abhängigkeit der schweizerischen KP von der KOMINTERN viel grösser gewesen sei als je angenommen werden konnte, und dass die schweizerische Organisation eine Drehscheibenfunktion in Westeuropa eingenommen hatte.

Die **Enthüllungen betreffend die finanzielle Unterstützung der PdA durch die KPdSU**, wonach die PdA in den Jahren zwischen 1980 und dem Zusammenbruch des kommunistischen Systems Überweisungen durch die KPdSU in der Höhe von insgesamt über 2,5 Mio \$ erhalten haben soll, wurden bestätigt, doch konnte der Zweck dieser Zahlungen nicht geklärt werden. Nach Angaben von Parteimitgliedern soll es sich nur um die Bezahlung von durch die Schweizer Organisation ausgeführten Druckaufträgen gehandelt haben.

In **Genf** brach innerhalb der PdA ein Konflikt um die Haltung gegenüber den von Regierung und Parlament geplanten Einsparungen im öffentlichen Dienst aus. Der Streit zwischen einer gemässigten Gruppe hinter Nationalrat Spielmann und einer orthodoxen Gruppierung um Hubert Launay, Präsident der Genfer VPOD-Sektion, führte zur **Spaltung**. Verschiedene bekannte Persönlichkeiten der Genfer PdA gründeten zusammen mit ehemaligen Mitgliedern der Sozialistischen Arbeiterpartei (PSO), Gewerkschaftsmitgliedern, Anhängern der GSoA und von "Contratom" sowie anderen links-grünen Exponenten eine neue Partei namens "Solidarités".

Die beiden **Volksinitiativen** "Frauen und Männer" für eine Quotenregelung für alle politischen Behörden bzw. "Gleiche Rechte in der Sozialversicherung", welche von der PdA 1990 lanciert worden waren, kamen nicht zustande.

Gegen die vom Parlament beschlossene Einführung einer Spitaltaxe von zehn Franken pro Tag ergriff die PdA das **Referendum**, da es sich in ihren Augen um eine höchst unsoziale Massnahme handelt.

Bei den **eidgenössischen Abstimmungen** verwarf der Zentralvorstand den Beitritt zum IWF und die Revision des Stempelsteuergesetzes, empfahl hingegen beide Vorlagen zum Gewässerschutz, den Zivildienst- und den Gentechnologieartikel sowie die Sexualstrafrechtsreform zur Annahme. Ebenso unterstützte die PdA die Krankenkassen- und die Tierversuchinitiative, die NEAT sowie den **EWR-Beitritt**. Stimmfreigabe wurde zur Vorlage über das bäuerliche Bodenrecht beschlossen.

### 1993

Die PdA konnte im Berichtsjahr ihr 50jähriges Bestehen feiern. Sie war am 8. Juni 1943 unter dem Namen Arbeiterpartei/Parti ouvrier in Genf gegründet worden. Erst ein Jahr später wurde sie in PdA umbenannt. Ihre Vorgängerorganisationen "Kommunistische Partei der Schweiz" und "Sozialistische Jugend" waren bei Kriegsausbruch im September 1939 vom Bundesrat verboten worden.

Die Auswertung des Archivmaterials der **Komintern** ergab weitere interessante Befunde über die Beziehungen zwischen Schweizer Kommunisten und sowjetischen Exponenten des Parteiapparats, insbesondere auch über das Schicksal von exilierten nicht linientreuen Schweizern, die Opfer des stalinistischen Machtapparats geworden waren, und die Einschleusung von ausländischen Kommissaren der KOMINTERN als Ideologiegaranten in die Schweiz.

Die erste Tageszeitung der Schweizer Arbeiterbewegung, der "**Vorwärts**", Organ für die "Interessen des arbeitenden Volkes", konnte im Berichtsjahr unter seinem neuen Namen "Sozialistische Wochenzeitung" sein 100jähriges Bestehen feiern. Während über vier Jahrzehnten war der "Vorwärts" das Organ der PdA gewesen; nach dem Zusammenbruch des Sowjetimperiums hat der in der PdA eingeläutete Reformprozess auch Auswirkungen auf die Ausrichtung der Parteizeitung ausgeübt. Die "Sozialistische Wochenzeitung" ist offiziell nicht mehr Organ der PdA, sondern eine unabhängige linke Zeitung.

Bei den **eidgenössischen Abstimmungen** gab die PdA die Nein-Parole zur Erhöhung des Treibstoffzolls, zu den Bundesbeschlüssen über die Arbeitslosenversicherung und über die Kostensteigerung in der Krankenversicherung, gegen welche sie das Referendum ergriffen hatte, sowie zu sämtlichen vier Vorlagen über die Mehrwertsteuer heraus.

Anlässlich der Genfer **Kantonalwahlen** konnte die PdA durch die Schaffung einer grossen Koalition der Linken 21 Sitze und 19% Wähleranteil erobern. Erfolg hatte sie auch bei den städtischen Wahlen in Lausanne, wo sie drei Sitze und vier Prozent Wähleranteil hinzugewann.

## 1994

Die PdA feierte im Berichtsjahr ihr **50-jähriges Jubiläum**. Gegründet worden war sie jedoch schon ein Jahr vorher unter dem Namen Arbeiterpartei/parti ouvrier. Heute zählt sie noch 3000 bis 4000 Mitglieder.

Zu Diskussionen innerhalb der Partei Anlass gab, dass PdA-Präsident Jean Spielmann auf den Tod von Kim Il-sung hin ein Kondolenzschreiben an das kommunistische Nordkorea schickte.

Bei den **eidgenössischen Abstimmungen** sprach sich die PdA für die Alpeninitiative aus, stimmte aber mit dem rechten Parteienspektrum gegen Schweizer UNO-Blauhelmtuppen. Das Krankenversicherungsgesetz lehnte sie zugunsten der Initiative für eine gesunde Krankenversicherung ab.

Anlässlich der **Kantonwahlen** in Waadt konnte die PdA ihre Vertretung fast verdoppeln und hält neu sieben Sitze im Grossen Rat. Damit ist die PdA in der Romandie weiter auf dem Vormarsch. Konkurrenz in der Rekrutierung erwächst ihr jedoch aus der 1992 gegründeten Bewegung "Solidarités", die vor allem junge Leute anzieht und, im Gegensatz zur PdA, keine stalinistische Vergangenheit mitbringt.

## 1995

Konkretes mit Utopischem verknüpfen wollte die PdA in ihrer Wahlplattform "**Zehn Notwendigkeiten für eine solidarische und fortschrittliche Schweiz**". Darin stellt sie die gesellschaftliche Verteilung der Arbeit in Frage und postuliert längerfristig die Einführung der 32-Stundenwoche ohne Kürzung der Löhne. Weiter fordert sie eine allgemeine Sozialversicherung, die mit Lohnprozenten finanziert wird und sowohl AHV wie auch Kranken- und Arbeitslosenversicherung beinhaltet. Klar sprach sich die Partei für einen raschen EU-Beitritt aus.

Als einzige Partei ausser den Grünen sprach sich die PdA **gegen** die Einführung einer **Ausgabenbremse** aus, da sie die Verhinderung neuer sozialer Ausgaben befürchtete. Ausserdem lehnte sie zusammen mit den Gewerkschaften die 10. AHV-Revision ab und grenzte sich damit klar von der SP ab.

Die eidgenössischen Wahlen brachten der PdA (inkl. Linksallianz) einen Sitzgewinn in Genf, womit sie neu mit drei Vertretern im Nationalrat sitzt. Mit der Wahl eines PdA-Vertreters in den Lausanner Stadtrat verfügt die PdA ausserdem neu in den drei grössten Westschweizer Städten über ein Exekutivmitglied. Damit gelang der bereits totgesagten Partei eine erstaunliche Wiederauferstehung. Nach den Wahlen schlossen sich die drei PdA-Vertreter (inkl. Linksallianz) der SP-Fraktion an. Damit hat die PdA das **Ziel einer unabhängigen Linksopposition** im Parlament, das sie noch im Wahlkampf deklarierte, kurzerhand **aufgegeben**.

## 1996

Die PdA trug das Referendum **gegen das revidierte Arbeitsgesetz** aktiv mit und sagte damit einer "ultraliberalen Wirtschaftspolitik" den Kampf an.

Die PdA prüfte die Lancierung einer **Krankenkassen-Initiative**, gemäss welcher die Krankenkassenprämien massiv reduziert und künftig entsprechend dem Einkommen berechnet werden sollen. Zur Finanzierung sollen neben Bund und Kantonen auch die Unternehmen herangezogen werden.

Ende August drohte die PdA der SP mit dem **Austritt aus der sozialdemokratischen Fraktion** der Bundesversammlung, falls die SP nicht klar Stellung nehme zur "antisozialen Offensive" der bürgerlichen Parteien und der Wirtschaft. Insbesondere verlangte sie von der SP eine klare Kampfansage an die Senkung der Löhne des SBB-Personals, an die Privatisierung von PTT und SBB und an den Abbau der staatlichen Sozialleistungen.

Mit Josef Zisyadis zog im Kanton Waadt erstmals seit 1950 wieder ein Kommunist in eine kantonale Regierung ein. Damit konnte die PdA (oder Parti ouvrier populaire POP), die letztes Jahr auch in die Lausanner Stadtregierung eingezogen war, ihren **Siegeszug in der welschen Schweiz** fortsetzen.

## 1997

Im Frühjahr lancierte die PdA eine **Volksinitiative** "für einkommens- und vermögensabhängige Krankenkassenprämien". Gemäss Text soll der Bund mindestens 50% der jährlichen Versicherungskosten decken; die dafür erforderlichen Finanzen seien mindestens zur Hälfte durch Unternehmen (v.a. Banken) aufzubringen. Ausserdem ergriff die PdA zusammen mit zwei Westschweizer SP-Kantonalsektionen das **Referendum gegen vier Gesetze zur Liberalisierung und Teilprivatisierung im Post- und Telekommunikationsbereich**. Die Partei argumentierte, dass das enorme Vermögen der PTT nicht an Private verscherbelt werden dürfe. Sie brachte die erforderlichen Unterschriften jedoch nicht zusammen.

Die PdA konnte ihre in den letzten Jahren neugewonnene **Stärke** in der Westschweiz **verteidigen**. Bei den kantonalen Wahlen gewann sie in Neuenburg zwei Sitze hinzu. In Genf verlor die Linksallianz/Alliance de Gauche, der die PdA zugehört, zwei Sitze.

## 1998

Mit nur der Hälfte der erforderlichen 100 000 Unterschriften kam die **Volksinitiative "für einkommens- und vermögensabhängige Krankenkassenprämien"** der PdA **nicht zustande**. Die rund 50 000 gesammelten Unterschriften deponierte die Partei als Petition. Das Volksbegehren war im Mai 1997 lanciert worden mit der Forderung, der Bund müsse mindestens 50% der jährlichen Ausgaben der sozialen Krankenversicherung übernehmen, um die Prämien für die einkommensschwachen Bevölkerungsteile massiv zu senken. Der Bundesbeitrag sollte unter anderem durch eine Gewinnabgabe der Banken finanziert werden.

Mit Blick auf die Wahlen von 1999 beschloss die PdA an ihrem Parteitag vom 21. November in Zürich, **auf eine nationale Plattform links der SP hinzuarbeiten**. Die Delegierten waren sich weitgehend einig, dass der Eintritt ihrer 1995 gewählten Nationalräte in die SP-Bundeshausfraktion ein Fehler war, da die Partei auf diese Weise kein nationales Profil zu

entwickeln vermochte. Mobilisiert werden sollten alle Kräfte, die sich der kompromissorientierten Politik der runden Tische widersetzen und eine echte Alternative zur neoliberalen Politik suchen. Unklar blieb allerdings, wie sich die PdA selber positioniert, da ein als Diskussionsgrundlage dienender Resolutionstext zwecks Überarbeitung an das Zentralkomitee zurückgewiesen wurde. Ferner wurde Christiane Jaquet-Berger zur Nachfolgerin von Parteipräsident Jean Spielmann gewählt.

Bei den **kantonalen Wahlen** konnte die PdA ihren Aufwärtstrend der letzten Jahre in der Westschweiz fortsetzen. Während sie im Kanton Jura ihren Parlamentssitz verteidigen konnte, gewann sie in der Waadt fünf Mandate hinzu. Bei den waadtländischen Staatsratswahlen hingegen verlor sie ihren Sitz.

## 1999

PdA-Präsidentin Christiane Jaquet-Berger (VD) sprach sich am **Parteitag** in Le Locle gegen eine Politik der „Runden Tische“ aus und kritisierte damit die SP, die sich aus ihrer Sicht viel zu kompromissbereit verhalte. Die Delegierten sprachen sich in einer Resolution gegen das New Public Management und die Privatisierungsbestrebungen bei den öffentlichen Diensten aus.

Bei den kantonalen **Wahlen** konnte die PdA in den Kantonen Waadt, Neuenburg, Genf und Jura insgesamt 38 Parlamentssitze für sich entscheiden, verlor allerdings ihren einzigen Tessiner Sitz. In der Genfer Stadtregierung konnte sie ihren Sitz halten. Gemeinsam mit den Verbündeten links der Sozialdemokraten wollte die PdA in den Nationalratswahlen Fraktionsstärke erlangen. Dieses Ziel wurde aber nicht erreicht. Die PdA büsste 0,2% Wählerstimmen und einen der beiden Genfer Sitze ein. Anstelle der abgewählten Jaquet-Berger konnte Josef Zisyadis den Waadtländer Sitz für sich entscheiden. Im neuen Parlament gehört Spielmann (GE) weiterhin der SP-Fraktion an, Zisyadis blieb fraktionslos.

## 2000

Der Zentralvorstand der PdA zeigte sich seinen Parlamentsangehörigen gegenüber unnachgiebig und entschied im Februar, dass ein **Anschluss an die SP-Fraktion nicht akzeptiert** werde. Dieser Entscheid betraf den Genfer Jean Spielmann, Mitglied der SP-Fraktion. Parteipräsidentin Christiane Jaquet-Berger erklärte, ihre Partei wolle ihre Eigenständigkeit bewahren und die politischen Unterschiede zur SP unterstreichen. Spielmann wies darauf hin, dass er ohne Fraktionsanschluss keiner Kommission angehören könne und bat den Zentralvorstand, seinen Entscheid nochmals zu überdenken. Der zweite Abgeordnete im Parlament, Nationalrat Joseph Zisyadis (VD), hatte bereits während seines Wahlkampfes im vergangenen Herbst seinen Einsitz in der SP-Fraktion ausgeschlossen.

Im Oktober teilte die PdA mit, dass sie die **Zusammenarbeit mit der Gruppe der nichtsozialdemokratischen Linken im EU-Parlament** aufgenommen habe. Die PdA erhielt denselben Status wie ihre Schwesterparteien aus Norwegen und Zypern, die sich trotz der Nicht-Mitgliedschaft ihres Landes bei der EU der Fraktion anschliessen konnten.



André Rauber, Historiker und ehemaliges Mitglied des Politbüros der Partei, veröffentlichte im Berichtsjahr eine **Studie zur Geschichte der PdA** in den Jahren 1944 bis 1991. Die Studie umfasst zahlreiche zeitgenössische Stellungnahmen der Partei und ihrer Protagonisten zum Geschehen im Kalten Krieg und zur Entwicklung der Partei selbst. Grosses Aufsehen zog die These auf sich, die PdA hätte ohne namhafte finanzielle Unterstützung durch die Sowjetunion keine Überlebenschancen gehabt. Die Parteileitung hatte solche Mutmassungen stets zurückgewiesen. Nach der Öffnung der Sowjetarchive sind allerdings Belege für derartige Geldtransaktionen gefunden worden, welche die Unterschrift bekannter Schweizer Kommunisten tragen.

Bei den **Parlamentswahlen im Kanton Basel-Stadt** schied die PdA nach 50jähriger Präsenz aus dem Rat aus.

## 2001

Im Gegensatz zur SP, welche die Vorlagen befürwortete, sprach sich die **PdA gegen die Militärgesetzrevisionen und die Aufhebung des Bistumsartikels sowie die Volksinitiative „Energie statt Arbeit besteuern“** aus. Zu den Initiativen „für tiefere Arzneimittelpreise“ und „Schweiz ohne Armee“ gab sie hingegen die Ja-Parole heraus, während die SP Stimmfreigabe beschloss.

In den **Parlamentswahlen in Genf** verlor die PdA sechs ihrer bisher 19 Sitze, in **Neuenburg** konnte sie ein Mandat hinzugewinnen und stellt nun sieben Abgeordnete. In der **Lausanner Stadtregierung** wurde ihr Vertreter **abgewählt**, und in der Legislative musste sie drei ihrer zuvor 13 Mandate abgeben.

## 2002

Aus Altersgründen gab die Waadtländerin Christiane Jaquet-Berget das **Parteipräsidium** ab. Da die Partei keinen jüngeren Bewerber finden konnte, stellte sich der 62-jährige **Neuenburger Grossrat Alain Bringolf**, seit acht Jahren Präsident des Zentralkomitees, für das Amt zur Verfügung. Die Delegierten der PdA beschlossen, sich an der Lancierung einer Volksinitiative für eine Einheitskrankenkasse zu beteiligen.

Die Parolen der PdA deckten sich mit jenen der SP, mit Ausnahme der Volksinitiative des Gewerkschaftsbundes "für eine kürzere Arbeitszeit", welche die PdA zur Ablehnung empfahl, da die Initiative auch eine gewisse Flexibilisierung (Jahresarbeitszeiten) einführen wollte. In den Parlamentswahlen in den Kantonen **Waadt** (12) und **Jura** (1) konnte die PdA ihre **Mandate halten**.

Ehemalige Mitglieder der Genfer und der Waadtländer Linkspartei Solidarités gründeten den **"Mouvement pour le socialisme"**, welcher sich gegen Globalisierung und Kapitalismus richtet.

## 2003

Unter dem Titel „Eine andere Schweiz ist möglich“ formulierten Exponentinnen und Exponenten der Solidarités aus Genf und Neuenburg, der Liste „Pour une Alliance socialiste – solidarités“ Waadt, der PdA und der Alternativen Listen Zürich, Aargau und Winterthur eine Wahl- und Aktionsplattform, auf der sie sich insbesondere gegen eine Einschränkung der Volksrechte, für effektive Lohngleichheit von Mann und Frau, einen Mindestlohn von 3500 Fr., den Kampf für würdige Pensionen, welche diesen Namen verdienten, sowie eine Aufenthaltsbewilligung für die Sans-Papiers stark machten. Erklärtes Ziel war der Gewinn von mindestens fünf Nationalratsmandaten, um die **Bildung einer gemeinsamen Fraktion links von SP und Grünen** zu ermöglichen. Bei den eidgenössischen Wahlen verlor die PdA einen ihrer ursprünglich zwei Sitze zugunsten der Solidarités. Bei den Kantonsratswahlen im Kanton Tessin eroberte die PdA ein Mandat.

## 2004

Die PdA feierte ihren **sechzigsten Geburtstag**, sie war 1944 in Zürich gegründet worden. Mit Ausnahme der Einbürgerungsvorlagen, des Mutterschaftsurlaubs und der Post-Initiative, die sie zur Annahme empfahl, sowie der Stammzellenforschung, zu der sie Stimmfreigabe beschloss, lehnte die PdA alle eidgenössischen Vorlagen ab.

Neu ist die PdA mit einem Sitz im **Stadtberner Parlament** vertreten.

## 2005

Die PdA lehnte die Schengen/Dublin-Abkommen ab; diese führten dazu, dass Unmengen von Personendaten gesammelt würden, was einen nicht tolerierbaren Eingriff in die Privatsphäre darstelle. Auch bei der Ausweitung der **Personenfreizügigkeit** auf die neuen EU-Länder hegte die Partei Vorbehalte; Sozial- und Lohndumping seien unbedingt zu verhindern. Da sie sich aber immer für eine Öffnung der Grenzen eingesetzt habe, gab die PdA zu dieser Vorlage die **Ja-Parole** heraus. Ebenfalls Unterstützung erhielt das Gentech-Moratorium in der Landwirtschaft, nicht jedoch die Liberalisierung der Ladenöffnungszeiten in Bahnhöfen.

Da sich die extreme Linke (PdA, Kommunisten und Solidarités) in **Genf** wegen Differenzen beim Personenfreizügigkeitsabkommen nicht auf eine gemeinsame Liste hatte einigen können und das nötige Quorum von 7% verfehlte, ist die PdA **nicht mehr im kantonalen Parlament vertreten**.